



## Haushalt und Koalition:

### Wir bleiben auf gutem Kurs!

Das Weihnachtsfest und der Jahreswechsel stehen vor der Tür. Hinter uns liegt ein politisch durchaus herausforderndes Jahr. Für das nächste Jahr macht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion klar, dass am vereinbarten Kurs der Koalition festgehalten wird und der neuen SPD-Führung keine Zugeständnisse gemacht werden dürfen. Für uns ist es unverzichtbar, an dem Grundsatz des ausgeglichenen Bundeshaushaltes festzuhalten. In Zeiten aufkommender Wolken am Konjunkturhimmel wären Steuererhöhungen absolut schädlich. Bei der Grundrente werden wir im parlamentarischen Verfahren klare Bedingungen setzen. Wir haben in der Großen Koalition bereits vieles erreicht, auch wenn die Union in vielen Bereichen, insbesondere Sicherheit und ländlicher Raum, deutlich ambitionierter als unserer Koalitionspartner herangehen möchte. Als politische Leitlinie gilt weiterhin die „Schwarze Null“ im Bundeshaushalt. So wird die Generationengerechtigkeit garantiert. Rekordsumme für Investitionen in Höhe von 77 Milliarden Euro (2018 und 2019), allein für Verkehrsinfrastruktur rund 29 Milliarden Euro machen deutlich, dass wir die Zukunft gestalten.



Bei der Abstimmung zum Bundeshaushalt für 2020. Foto: Flasche

Wir schaffen Perspektiven für Familien, Kinder und junge Menschen. Dazu hat der Bundestag das Grundgesetz geändert, damit der Bund die Digitalisierung der Schulen mit fünf Milliarden Euro unterstützen kann. Ein umfassendes Klimapaket wurde verabschiedet, um Deutschlands Klimaschutzziel 2030 (55 Prozent weniger Treibhausgase im Vergleich zum Jahr 1990) sicher zu erreichen. Es enthält unter anderem Anreize durch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, günstigere Bahnfahrten, die Förderung von klimafreundlichen Heizungen und E-Mobilität, maßvolle Verteuerung des klimaschädlichen CO2 ab 2021 bei gleichzeitiger Entlastung der Pendler mit weiter Strecke. Ich habe deutlich gemacht,

dass alle weiteren Schritte, nicht mehr zu Lasten des ländlichen Raumes gehen müssen. Nur mit Mehrbelastung kann man keine gesellschaftlich akzeptierte Klimapolitik betreiben. Innovationen, Anreize und Forschung sind entscheidend.

Als verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion freue ich mich besonders über die Erhöhung des Wehretats um 6,2 Milliarden Euro (2018 und 2019). Dieser Weg muss verstetigt werden, damit auch zukünftig der Personal- und Materialaufwuchs sichergestellt ist. Da steht Finanzminister Scholz in der Verantwortung. Das Gelöbnis vor dem Reichstag und kostenloses Bahnfahren von Soldaten in Uniform zeigt, dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee in die Mitte der Gesellschaft gehört.

Nicht erst seit den Protesten tausender Bauern vor dem Brandenburger Tor zeigt sich deutlich, dass viele Landwirte um ihre Existenz fürchten. Dazu bleibt es wichtig, dass gemeinsam im Dialog Lösungen gefunden werden. Natur-, Insektenschutz und landwirtschaftliche Nutzung sind keine Gegensätze. Klar ist, nicht die „Deppen der Nation“ sein dürfen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben ein gesegnetes Weihnachtszeit, einen guten Rutsch und für das neue Jahr viel Gesundheit und alles Gute!



### Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Landwirte in Berlin	Seite 3
Gesetz zum Umgang mit Wölfen	Seite 4



## Neues aus dem Bundestag

**Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich.** Planungsverfahren für Ersatzneubauten sollen verschlankt werden. Zu diesem Ziel diskutierten wir in 1. Lesung über die notwendigen Schritte. So soll in den Fachplanungsgesetzen der Begriff der Änderung eingegrenzt werden, um so im Ergebnis bestimmte Ersatzneubauten von einer Genehmigungspflicht zu befreien. Darüber hinaus wollen wir die Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz entlasten. Die neue Regelung soll auf diese Weise Investitionen in das Schienennetz beschleunigen, damit im Ergebnis Kreuzungsbauwerke schneller realisiert werden.

**Unser Wald braucht Hilfe – Waldumbau vorantreiben.** Mit unserem Antrag unterstreichen wir die Anstrengungen der Bundesregierung, den Wald in Deutschland bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Wir fordern Bund und Länder dazu auf, gemeinsam finanzielle Maßnahmen zu prüfen, die für den notwendigen Waldumbau sowie zur Folgenbewältigung von Extremwetterereignissen eingesetzt werden können. Darüber hinaus soll die forstwissenschaftliche Forschung ausgebaut und das Bauen mit Holz sowie die Holzlogistik unterstützt werden.

**Kurzzeitpflege stärken und eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen.** Vor dem Hintergrund, dass der Ausbau von Kurzzeitpflegekräften stagniert, diskutierten wir Wege zur Sicherstellung von Angeboten verlässlicher Kurzzeitpflege. In diesem Zusammenhang soll der Sicherstellungsauftrag so spezifiziert werden, dass Länder, Kommunen und Pflegeeinrichtungen wie -kassen dem gesetzlichen Auftrag zum Ausbau der Versorgungsstruktur nachkommen und vor allem die Pflegeinfrastruktur ausbauen.

**Kultur in ländlichen Räumen stärken – Teilhabe ermöglichen.** Wir wollen die Kulturarbeit außerhalb der Metropolen stärken. Wir sehen dies als Beitrag zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land. Dieses Ziel wollen wir im Zusammenwirken mit den Ländern und unter Wahrung der Zuständigkeiten erreichen. Mittel sind für uns dabei etwa die Fortsetzung und Stärkung bereits erfolgreicher Programme wie des Denkmalschutzsonderprogramms, die Programme der Kulturstiftung des Bundes und der Bundeskulturförderfonds. Für diese Projekte stehen im Bundeshaushalt seit 2019 Mittel in Höhe von jährlich 10 Mio. Euro zu Verfügung.

**Gesetz zur Einführung eines Freibetrages in der gesetzlichen Krankenversicherung zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge.** (GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz – GKV-BRG). Wir beschlossen in 2./3. Lesung eine Veränderung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung auf Leistungen der betrieblichen Altersvorsorge. Die jetzige Freigrenze wird dabei in ei-



nen dynamisierten Freibetrag umgewandelt. Das kommt allen Betriebsrentnern zugute, bedeutet aber vor allem eine Entlastung für jene, die eine kleine Betriebsrente erhalten. Da der Beitragsausfall vollständig aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert wird, entstehen der gesetzlichen Krankenversicherung Mindereinnahmen von 1,2 Mrd. im Jahr. Diese werden für 2020 aus dem Gesundheitsfonds übernommen, dann schrittweise abgebaut und ab 2024 von den Kassen in voller Höhe getragen.

**Viertes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften.** Wir beschlossen in 2./3. Lesung eine Reform, die 12 derzeit zulassungsfreie Handwerke wieder zulassungspflichtig macht. Der selbstständige Betrieb eines solchen Handwerks ist zukünftig nur noch zulässig, wenn der Betriebsinhaber oder ein Betriebsleiter in der Handwerksrolle eingetragen ist. Die erfolgreich bestandene Meisterprüfung wird nur dort Bedingung zum selbstständigen Betrieb, wenn es sich um gefahrgeneigtes Handwerk oder um die Ausübung eines besonders kulturrelevanten Handwerks handelt. Alle Betriebe, die bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes selbstständig ein Handwerk ausüben, werden auch ohne bestandene Meisterprüfung oder eine Ausübungsberechtigung in die Handwerksrolle eingetragen. Sie dürfen auch weiterhin ihr Handwerk selbstständig ausüben und erhalten insoweit Bestandschutz.

**Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021.** Der Bund wird auch in den nächsten Jahren die Länder und Kommunen finanziell bei der Bewältigung von Integrationsaufgaben unterstützen. Zu diesem Ziel hin beschlossen wir eine weitere Entlastung der Länder und Kommunen um rund 5,5 Mrd. Euro in den nächsten zwei Jahren. Ebenfalls fließen Mittel zur Umsetzung der Ziele des Paktes für den Rechtsstaat.



## Landwirte in Berlin



**Gespräch am Rande der Demonstration.** Foto: Flasche

Am 26. November kamen Zehntausende Landwirte nach Berlin. Tausende hatten sich mit Treckern aus ganz Deutschland aufgemacht. Sie wollten auf ihre schwierige Lage aufmerksam machen. Besonders die Düngeverordnung, das Agrarpaket und die Insektenschutzverordnung machen ihnen das Leben schwer. Mit weit über hundert Treckern aus den Landkreisen Celle und Uelzen waren auch die Bauern aus dem Wahlkreis nach Berlin gekommen. Wichtig war den Landwirten, das Gespräch mit den Verantwortlichen zu suchen. So stellte sich die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner mehr als eine Stunde der Diskussion mit den Landwirten.

Die Bauern fühlen sich missverstanden, an den Pranger gestellt. Es finde kaum noch ein sachlicher Dia-

log statt. Ein Grund mehr für mich, mit den Landwirten aus dem Wahlkreis ins Gespräch zu kommen.

Im Gespräch machten die Landwirte aus Celle und Uelzen deutlich, dass sie nicht möchten, dass über sie gesprochen wird, sondern mit ihnen. Ich nutzte die Gelegenheit, um noch vor Weihnachten eine Delegation nach Berlin zu einem Gespräch mit Dr. Hermann Onko Aikens, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, einzuladen. Dieses Gespräch fand in der vergangenen Woche in Berlin statt. Dabei konnten die Landwirte und Aikens ihre Argumente austauschen. Auch wenn die Standpunkte auseinander lagen, konnten sie ihre Sorgen auf den Tisch legen.

Die Landwirte produzieren unsere Lebensmittel, sie verdienen unseren Respekt und Anerkennung. Sie brauchen faire Rahmenbedingungen. Ich werde den Dialog fortsetzen und eine Gruppe im Februar nach Berlin einladen.



**Delegation im Bundeslandwirtschaftsministerium.** Foto: Flasche

## 632.000 Euro für das Erdölmuseum

Ich freue mich, dass es gelungen ist, das Deutsche Erdölmuseum in Wietze in die Bundesförderung aufzunehmen. Mit 316.000 Euro fördert der Bund im Jahr 2020 aus dem Titel „Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen bei Einrichtungen im Inland“ der Kulturstaaatsministerin, Prof. Monika Grütters die Einrichtung. Zugleich hat der Haushaltsausschuss eine Verpflichtungsermächtigung beschlossen. Danach wird im Jahr 2021 noch einmal dieselbe Summe bereitgestellt. Insgesamt hat der Bund damit 632.000 Euro bewilligt. Vor wenigen Monaten erst hatte die Gemeinde Gelder in Höhe von 200.000 Euro zugesagt, die über die Förderung vonseiten der Industrie, dem Trägerverein und Mitteln der EU hinausgehen.

Wietze stand mit der Bohrung von Prof. Georg Konrad Hunäus im Jahr 1858 ganz am Anfang des weltweiten Ölbooms. Sie geschah noch bevor in Amerika oder auch später auf der arabischen Halbinsel gezielt nach dem „schwarzen Gold“ gebohrt wurde. Wer die Bilder aus dem 19. Jahrhundert kennt, weiß wie wichtig die Erdölförderung für den Landkreis und weit darüber hinaus war. Auch die heutige Konzentration der Bohrservicebranche in Celle geht nicht zuletzt auf die Öl- und Gasproduktion im Landkreis zurück.

Das deutsche Erdölmuseum stellt ein bundesweit einmaliges Zeitzeugnis dieser Historie rund um das Öl dar. Deshalb soll sowohl die Dauerausstellung in den Räumlichkeiten, als auch das Außengelände erheblich modernisiert werden. Neben der Historie wird ein Au-

genmerk auch auf die Wirtschafts- und Regionalgeschichte gelegt, um eine zeitliche Einordnung in das damalige Leben zu ermöglichen. Außer der Bedeutung von Erdöl und Erdgas in der heutigen Zeit soll es auch um die künftige Rolle gehen. Vonseiten des Museums ist auch eine weitere wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas geplant.

Die Umgestaltung, einschließlich der Sanierung des großen Bohrturms als Wahrzeichens des Museums, hat sich in den letz-



**Henning Otte (r.) mit Bürgermeister Wolfgang Klusmann im Erdölmuseum in Wietze.**

Foto: Archiv Henning Otte

## Gesetz zum Umgang mit Wölfen

Der Deutsche Bundestag hat eine Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes beschlossen. Mit den Neuregelungen werden einige drängende Probleme des Umgangs mit den Wölfen geregelt. Dazu gehören ein Fütterungsverbot, die Pflicht für die Behörden zur Entnahme von Wolfshybriden, Regelung der Mitwirkung der Jagdberechtigten und die Herabsetzung der Schadensschwelle, ab der Wölfe entnommen werden dürfen. Zudem ist die Entnahme von Wölfen künftig auch dann möglich, wenn nicht eindeutig klar ist, welcher Wolf des Rudels Weidetiere gerissen hat. Dies war mir als direkt gewählter Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Celle-Uelzen, und Vorsitzender des Gesprächskreises Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wichtig.

Zudem wurde vereinbart, im ersten Halbjahr 2020 einen Koalitionsantrag zu erarbeiten, mit dem die spezifische Situation von Tierhaltern an Deichen, auf Almen und weiteren Regionen analysiert werden. Dabei sollen u.a. die rechtlichen Möglichkeiten mit Blick auf europäisches Recht sowie die Regelungen in anderen europäischen Ländern analysiert werden.

Der gleichzeitig zur Abstimmung gestandene Antrag der FDP zum Umgang mit den Wölfen trägt nicht zur Problemlösung bei. Internationales Recht kann

Deutschland nicht umgehen. Die schlichte Aufnahme des Wolfs als bejagbare Tierart in das Jagdrecht sowie die entsprechende Festlegung von Jagdzeiten werden diesen Anforderungen nicht gerecht, da sie aktuell umgehend von der Europäischen Kommission abgelehnt und wir somit wieder ohne Regelung wären.

Wir wissen: Tierschutz ist nicht teilbar. Wenn Weidetiere dem Wolf trotz Schutzmaßnahmen im Regelfall chancenlos ausgeliefert sind, ist Gegensteuern auch ein Gebot des Tierschutzes. Nichtstun ist keinem Weidetierhalter vermittelbar, der infolge Wolfsrissen um seine wirtschaftliche Existenz bangen muss. Bereits heute müssen Schäferereien aufgeben. Dies hat auch Folgen für unsere Kulturlandschaft wie z.B. für die Lüneburger Heide.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird nach wie vor gefordert, Art. 16 I e FFH-Richtlinie 1:1 in nationales Recht durch das Bundesnaturschutzgesetz umzusetzen. Damit würde ein gemäßigtes, behördlich kontrolliertes Bestandsmanagement möglich. Leider waren diese weitergehenden Forderungen mit der SPD-Bundestagsfraktion jetzt nicht zu vereinbaren. Die nun vorgenommenen Änderungen am Bundesnaturschutzgesetz sind jedoch erste wichtige Schritte in die richtige Richtung, die ich unterstütze.



### Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Christoph Wilks



Dr. Svend Moeller



Jörg Grünhagen



Uwe Moldenhauer

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20

Fax 030 / 227 – 7 63 20

Henning.Otte@bundestag.de

[www.henning-otte.de](http://www.henning-otte.de)

#### Büro Celle

Südwall 26  
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98

Fax 0 51 41 / 68 83

Henning.Otte.wk@bundestag.de

[www.facebook.com/henningottecducleuelzen](https://www.facebook.com/henningottecducleuelzen)

#### Büro Uelzen

Celler Str. 1

29525 Uelzen

Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:  
Henning Otte, MdB

